

11. Interpellation von Simon Vogel, Marco Rüegg, Josef Gemperle und Elina Müller vom 5. Juli 2023 "Netto-Null 2040 für die kantonale Verwaltung" (20/IN 48/538)

Beantwortung

Präsident: Die Antwort des Regierungsrates liegt schriftlich vor. Die Interpellantinnen und Interpellanten, vertreten durch Kantonsrat Simon Vogel, haben zuerst das Wort für eine kurze Erklärung, ob sie mit der Beantwortung zufrieden sind.

Simon Vogel, GRÜNE: Im Namen der Interpellantin und der Interpellanten bedanke ich mich für die Beantwortung unserer Motion. Wir sind erfreut zu hören, dass erste Schritte bereits im Rahmen des Massnahmenplanes Klima angedacht sind und wir sind uns bewusst, dass die genaue Umsetzung zum Zeitpunkt unserer Fragen noch nicht vollständig festgelegt werden konnte. Das Netto-Null-Ziel bis 2040 für die kantonale Verwaltung war jedoch noch nicht Teil der Diskussion und Beratung der Klimastrategie im letzten Jahr, und wir wollen hier unsere Erwartungen und Anregungen mit auf den Weg geben. Ich **beantrage Diskussion.**

Abstimmung:

Diskussion wird mit 52:34 Stimmen beschlossen.

Simon Vogel, GRÜNE: Ich bedanke mich für die Zustimmung zur Diskussion. Das Klimaschutzgesetz, welches letztes Jahr von der Schweizer Stimmbevölkerung unterstützt wurde, verlangt, dass die Bundesverwaltung bis im Jahr 2040 ihre Emissionen auf Netto-Null reduziert; dies sowohl bei den direkten als auch bei den indirekten Emissionen. Auch von den kantonalen Verwaltungen und bundesnahen Betrieben wird erwartet, dass diese ihre Vorbildfunktion wahrnehmen und ab 2040 mindestens Netto-Null aufweisen. Die GRÜNE-Fraktion begrüsst es, dass der Regierungsrat dieses Ziel und die Vorbildfunktion unterstützt. Jedoch haben wir die Erwartung, dass der Kanton Thurgau analog zur Bundesverwaltung auch versucht, die indirekten Emissionen miteinzubeziehen. Die Regierung macht es sich für uns hier etwas zu einfach, nur auf die Klimastrategie zu verweisen, welche für den ganzen Kanton gilt und welche nur die direkten Emissionen erfasst. Denn mit der Strategie zeigt der Kanton gleichzeitig auf, dass die indirekten Emissionen einen mindestens so grossen Hebel bieten. Die Vorbildfunktion bedeutet für uns, dass der Kanton mehr macht, als was er allgemein von den Privaten erwartet, und entsprechend auch die indirekten Emissionen auf Netto-Null bringt, analog zum Bund. Vielleicht noch nicht gleich bis 2040, aber es muss das erklärte Ziel und Teil der Strategie sein. Um diese Reduktion der Emissionen in den nächsten 15 Jahren zu schaffen, müssen messbare Zwischenziele in der Strategie enthalten sein, welche es erlauben, rechtzeitig zu reagieren, wenn diese nicht erreicht werden. Hier nur auf die 50 % bis

2030 abzustellen, wobei nur 30 % im Kanton Thurgau erreicht werden sollen, greift zu kurz, wenn man wirklich bis 2040 Netto-Null erreichen will. Damit die Zwischenziele überprüft werden können, ist es zentral, dass diese Emissionen erfasst und ausgewiesen werden. Es ist zu begrüßen, dass bei den Gebäuden der kantonalen Verwaltung die Emissionen bereits erfasst werden. Wir erwarten, dass diese Erfassung auch auf die übrigen Emissionen ausgedehnt wird und diese regelmässig und gut zugänglich publiziert werden. Als Inspiration kann hier auf das Monitoring und Reporting der Bundesverwaltung verwiesen werden, welches jährlich in einem kurzen Bericht die Emissionen und das Erreichen der Ziele aufzeigt. Auch die indirekten Emissionen müssen so gut wie möglich erfasst werden. Hier kann und muss die kantonale Verwaltung eine Vorbildfunktion einnehmen. Etwas, was ich übrigens auch von Unternehmen mit 4'000 Angestellten erwarten würde. Bei den kantonalen Unternehmungen zeigt sich die Situation sehr unterschiedlich. Als gutes Beispiel ist hier sicher die Thurgauer Kantonalbank (TKB) zu nennen, welche ihre Emissionen bereits in den Scope 1, 2 und 3 ausweist und sich bereits klare Ziele gesteckt hat. Auch wenn die TKB ihre Emissionen erst 2050 auf Netto-Null reduzieren will, bezieht sie dafür auch ihre indirekten und finanzierten Emissionen mit ein. Auch die Pensionskasse weist in ihrem Geschäftsbericht verschiedene Kennzahlen aus und setzt sich Ziele für ihr Immobilien und Anlagenportfolio. Vermisst in der Beantwortung des Regierungsrates werden die Spital Thurgau AG und die EKT-Holding, bei welchen auch in den aktuellen Geschäftsberichten ein entsprechendes Reporting und konkrete Zielsetzungen fehlen. Auch diese Betriebe müssen ihre Vorbildfunktion wahrnehmen und ein umfassendes Reporting und eine Strategie aufbauen. Zumindest bei der Spital Thurgau AG ist ein entsprechender Bericht und eine Strategie in Aussicht gestellt. Wir erwarten, dass der Regierungsrat sich einsetzt, damit alle kantonalen Betriebe ihre Emissionen erfassen, eine entsprechende Strategie erarbeiten und die Emissionen auf Netto-Null reduzieren. Die GRÜNE-Fraktion unterstützt das Vorhaben, dass auch die Gemeinden ihre Vorbildfunktion zur Erreichung des Netto-Null-Zieles wahrnehmen und begrüßen eine Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden ausdrücklich. Für unsere Fraktion ist klar, dass die Erreichung dieser Ziele bis 2040 für die kantonale Verwaltung, Betriebe und Gemeinden eine Herausforderung sein werden. Mit einer frühzeitigen Strategie, gutem Reporting und regelmässigem Überprüfen der Ziele, ist es jedoch zu schaffen. Wir erwarten gespannt den Massnahmenplan Klima und werden uns gerne dort konstruktiv einbringen.

Elina Müller, SP und Gew.: In 26 Jahren soll die ganze Schweiz Netto-Null Treibhausgase ausstossen. Aber wie sollen wir das hinbekommen? Es gibt Lösungen in Teilbereichen, aber auch erst Lösungsansätze. Weil der Weg zur Klimaneutralität noch nicht bis ins Letzte bekannt ist, brauchen wir immer noch Wegleiter und Vorbilder. Deshalb ist es so wichtig, dass Bund, Kantone und Gemeinden vorangehen und gut umsetzbare Lösungen aufzeigen. Das Ziel, die Klimaneutralität und damit der Erhalt unserer Lebens-

grundlagen, von Lebensqualität und Wirtschaftsfähigkeit, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Es muss von einer vorausschauend und gesamtheitlich agierenden kantonalen Regierung und Verwaltung prioritär angegangen werden. Die Vorbildfunktion der öffentlichen Hand betrifft dabei zum einen die Reduktion von Treibhausgasen, aber ebenso das Reporting. Es müssen effiziente Möglichkeiten gefunden werden, den Treibhausgas-Ausstoss sowie dessen Verminderung zu messen und zu berechnen. Nur so können wir erkennen, welche Massnahmen funktionieren und wo es Nachbesserungen braucht. Der Regierungsrat anerkennt in seiner Beantwortung die Vorbildfunktion des Kantons. Allerdings beschränkt er seine konkreten Absichten auf die bereits relativ einfach erfassbaren und reduzierbaren Treibhausgasreduktionen. Die Vorbildfunktion des Kantons bedeutet aber, dass dieser Lösungen über die schon ausgetretenen Pfade hinausgehend erarbeiten soll, um der Bevölkerung und den Unternehmen Lösungswege aufzeigen zu können. So sollte die Verminderung der indirekt verursachten Emissionen angegangen werden und es muss als grosser CO₂-Emittent auch der Verkehr stärker miteinbezogen werden. Weshalb braucht beispielsweise die bestens mit öffentlichen Verkehrsmitteln erschlossene Pädagogische Hochschule so viele Parkplätze? Auch die kantonsnahen Betriebe müssen stärker in die Pflicht genommen werden. Zum Beispiel ist die Spital Thurgau AG hier noch wenig weit, obwohl Spitäler sicherlich grosse Energieverbraucher sind und entsprechend grosses Einsparungspotenzial bergen. Zusammenfassend ist es begrüssenswert, dass der Kanton sich zu dem Ziel bekennt, Netto-Null für die kantonale Verwaltung noch vor 2050 zu erreichen und dabei seiner Vorbildfunktion nachzukommen. Aber aus Sicht der Fraktion SP und Gewerkschaften ist seine Zielsetzung und sind die Zwischenziele teilweise noch zu wenig konkret, zu wenig umfassend und zu wenig verbindlich. Ebenso die für deren Erreichung notwendigen Massnahmen. Bei der Erarbeitung des Massnahmenplans Klima braucht es eine gute Portion Ehrgeiz, damit wir das Netto-Null-Ziel erreichen und die Klimawende gut bewältigen können.

Robin Spiri, EDU/Aufrecht: Bei der Bestrebung, das Netto-Null-Ziel 2040 in der kantonalen Verwaltung und den kantonalen Betrieben zu erreichen, sollte die unterschiedliche Machbarkeit und Möglichkeit der verschiedenen Akteure nicht überschätzt werden. Während es eine Thurgauer Kantonalbank vergleichsweise einfach hat durch verschiedene Massnahmen bei Finanzierungen und Investitionen messbare Bestrebungen vorzuweisen, haben es andere kantonale Unternehmen schwieriger. So sehe ich zum Beispiel bei der Spital Thurgau AG die Möglichkeiten eher begrenzt. Dies sollte nicht zu einem Konkurrenzkampf mit ungleichen Möglichkeiten führen. Es erscheint mir wichtig, kein bürokratisches Monster zu erschaffen, sondern der kantonalen Verwaltung und den Unternehmen einen grossen Handlungsspielraum zu lassen. Ich erachte es als kontraproduktiv, Druck auf die Gemeinden auszuüben, um entsprechende Strategien umzusetzen. Was bei der ganzen Diskussion etwas vergessen geht, ist der Umweltschutz. Statt, dass

wir immer wieder über den Klimawandel reden – bei welchem der Kanton Thurgau weltweit nichts bewirken kann –, Gesetze erlassen und teilweise absurde Massnahmen treffen, könnten wir vieles in diesem Bereich lokal machen, was direkt einen positiven Effekt hätte. Einen Blick in die Entsorgungsstellen im Kanton Thurgau zeigt die immensen Auswirkungen der aktuellen Konsumgesellschaft. Detailhändler locken mit Billigaktionen wie beispielsweise Toastern oder Mikrowellengeräten. Entsprechend schnell landen diese Geräte dann auch bei der KVA Thurgau. Ebenso ein störender Punkt: die immense Menge an Lebensmitteln, die von den Detailhändlern in unserem Kanton entsorgt wird. Auch erwähnenswert: die Billigonlineplattformen wie TEMU, welche unseren Kanton mit Billigprodukten fluten, welche nicht langfristig halten. Eine Stärkung der lokalen Produktion und des heimischen Gewerbes hat in allen Bereichen die meisten zielführenden Auswirkungen. Bei diesen Punkten sehe ich durchaus ein grosses Potenzial, mit sinnvollen Projekten und einem konstruktiven Miteinander viele positive Dinge zu erreichen.

Daniel Eugster, FDP: Ich halte mich als Sprecher der FDP-Fraktion kurz, es ist alles gesagt. Die zwölf Fragen sind für uns klar beantwortet und bringen keine neuen Erkenntnisse. Der Regierungsrat zeigt darin nochmals auf, dass er sich der Herausforderung Netto-Null 2040 stellt. Die Klimastrategie haben wir in diesem Rat erst kürzlich positiv zur Kenntnis genommen. Die Umsetzung von Netto-Null 2040 für die kantonale Verwaltung ist ein Teil davon. Die FDP-Fraktion trägt diese Strategie mit. Der vorläufige Verzicht auf die Kompensationsmassnahmen, auch Zertifikate genannt, ist der richtige Weg. Wir begrüssen das lösungsorientierte Handeln und wiederholen an dieser Stelle gerne unsere Forderung, dass Quick Wins im Massnahmenplan herauszuschälen und vorzuziehen sind. Wir müssen handeln und nicht immer neue Papiere erstellen. Mit Spannung erwarten wir den realistischen Massnahmenplan.

Marcel Preiss, GLP: Zunächst möchte ich mich herzlich bei der Regierung und der kantonalen Verwaltung für die ausführliche Beantwortung unserer Motion bedanken. Es ist erfreulich zu hören, dass bereits erste Schritte im Rahmen des Massnahmenplans Klima angedacht sind. Der Klimaschutz ist zweifellos eine der grössten Herausforderungen unserer Zeit und es zeigt sich einmal mehr, dass wir diese Aufgabe nur gemeinsam bewältigen können auf allen Ebenen, von der Bundes- und der Kantonsregierung bis hin zu Gemeinden und jedem einzelnen Bürger. Das Klimaschutzgesetz, das im vergangenen Jahr von fast 60 % der Schweizer Stimmbevölkerung angenommen wurde, verpflichtet die Bundesverwaltung, ihre Emissionen bis 2040 auf Netto-Null zu reduzieren. Dabei geht es nicht nur um die direkten Emissionen, die durch den Betrieb und die Aktivitäten der Verwaltungen entstehen, sondern auch um die indirekten Emissionen, die in vor- und nachgelagerten Prozessen entstehen. Dies ist ein ambitioniertes Ziel, das jedoch notwendig ist, um die Erderwärmung auf maximal 1.5 Grad zu begrenzen und damit die katastrophalen Folgen für Umwelt und Gesellschaft zu verhindern. Es wird auch von den

kantonalen Verwaltungen und von den bundesnahen Betrieben erwartet, dass sie ihrer Vorbildfunktion gerecht werden und ebenfalls ab 2040 mindestens Netto-Null erreichen. Dass diese Aufgabe ein Kraftakt sein wird, zeigt die Tatsache, dass der Bund bereits Mühe hat, einen Umsetzungsplan für die Bundesverwaltung in nützlicher Frist, zu erstellen. Bundesrat Albert Rösti hat kürzlich offengelegt, dass der Bund frühestens Mitte 2025 seine Strategie in die Vernehmlassung schicken wird. Jeder Monat, der bis dahin vergeht, ist wertvolle Zeit, die uns verloren geht, um das Klimaziel zu erreichen. Wir sollten uns bewusst sein, dass die Folgen eines Scheiterns weitreichend und unumkehrbar sein können. Was uns erwarten könnte, haben wir beim Unwetter vor zwei Tagen in Brienz gesehen. Die GLP-Fraktion begrüsst es daher ausdrücklich, dass der Regierungsrat das Ziel der Klimaneutralität und die damit verbundene Vorbildfunktion unterstützt. Es ist jedoch unerlässlich, dass der Kanton Thurgau – ähnlich wie die Bundesverwaltung – nicht nur die direkten, sondern auch die indirekten Emissionen in seine Klimastrategie einbezieht. Nur wenn wir alle Emissionen, einschliesslich derer, die in vor- und nachgelagerten Betrieben entstehen, berücksichtigen, können wir das Netto-Null-Ziel erreichen. Es reicht nicht, sich auf die Klimastrategie zu berufen, die für den ganzen Kanton gilt und nur die direkten Emissionen erfasst. Vielmehr müssen wir uns bewusst machen, dass gerade die indirekten Emissionen eine erhebliche Wirkung bieten, um unser Ziel zu erreichen. Vorbildfunktion bedeutet für uns, dass der Kanton über das hinausgeht, was allgemein von der Strategie erwartet wird. Der Kanton Thurgau sollte daher ambitionierte Ziele setzen und auch die indirekten Emissionen auf Netto-Null bringen, analog zu den Vorgaben des Bundes. Diese Anstrengung mag gross erscheinen, aber sie ist notwendig, wenn wir unserer Verantwortung gegenüber kommenden Generationen gerecht werden wollen. Ein weiterer entscheidender Punkt ist die Definition klarer, messbarer Zwischenziele. Es reicht nicht aus, das Ziel für 2040 zu setzen, ohne eine klare Roadmap zu haben, wie wir dorthin gelangen. In der Strategie sollten konkrete Absenkpfade enthalten sein, an denen wir uns regelmässig orientieren können. Nur so können wir sicherstellen, dass wir auf Kurs bleiben. Falls wir bemerken, dass wir von der Vorgabe abweichen, müssen wir in der Lage sein, rechtzeitig Korrekturmassnahmen zu ergreifen. Die Zwischenziele müssen überprüfbar sein, und es ist von zentraler Bedeutung, dass die Emissionen kontinuierlich erfasst und ausgewiesen werden. Diese Daten bilden die Grundlage für jede sinnvolle Massnahme, und ohne sie tappen wir im Dunkeln. In diesem Zusammenhang können wir mit der Beantwortung der Frage 5 nicht zufrieden sein. Das angestrebte Zwischenziel, bis 2030 50 % der Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 zu senken, wobei nur 30 % im Kanton und 20 % durch Kompensation im Ausland erreicht werden sollen, ist nicht ausreichend. Dieses Ziel bringt uns nicht näher an das, was wir bis 2040 erreichen müssen. Wir dürfen uns nicht allein auf Auslandkompensationen verlassen, sondern müssen in erster Linie vor Ort handeln. Wir sollten auch bedenken, dass die Transformation, die uns bevorsteht, nicht nur Kosten verursacht, sondern auch Chancen bietet. Investitionen in den Klimaschutz können langfristig zu wirtschaftlichem Wachstum

führen und Arbeitsplätze schaffen. Es ist daher kurzsichtig, nur die unmittelbaren Kosten zu sehen und die potenziellen Vorteile zu übersehen. Der Klimawandel stellt uns vor erhebliche wirtschaftliche, ökologische und soziale Herausforderungen, und es liegt in unserer Verantwortung, dieser Herausforderung aktiv zu begegnen, anstatt sie auf zukünftige Generationen abzuwälzen. Abschliessend möchten wir von der GLP-Fraktion nochmal betonen, dass wir die anstehende Herausforderung nur gemeinsam meistern können, in enger Zusammenarbeit von Bund, Kanton, Gemeinden und allen Parteien. Wir sind gespannt auf den kommenden Herbst, wenn der Regierungsrat den kantonalen Massnahmenplan Klima mit konkreten Massnahmen vorlegt. Gerne sind wir bereit, uns konstruktiv in diesen Prozess einzubringen und die Transformation aktiv mitzugestalten.

Josef Gemperle, Die Mitte/EVP: Ich habe Verständnis, dass am späten Nachmittag die Konzentration nachlässt, aber es ist natürlich schon das zentrale Thema in der Politik. Es sind hier Ziele zu erreichen. Ich spreche für die Mitte/EVP-Fraktion. Wir danken dem Regierungsrat für die umfassenden Antworten auf den Fragenkatalog. Unsere Fraktion ist entsprechend grösstenteils zufrieden mit den Ausführungen. Gemäss unserer Auffassung ist es sehr wichtig, dass die kantonale Verwaltung ihre Vorbildfunktion wahrnimmt. Im privaten Bereich, also bei Industrie, Gewerbe und natürlich auch bei der Landwirtschaft, ist es so, dass die nachfolgenden Betriebe, die Abnehmer der Produkte, bereits heute Klimaanforderungen an die Produzenten stellen. Es hat sich auch gemäss Verein Kompetenz-Zentrum Erneuerbare Energie-Systeme Thurgau (KEEST), das ist ein dem Gewerbeverband und dem IHK nahestehendes Kompetenzzentrum, ganz klar gezeigt, dass es happige Forderungen der Abnehmer zu erfüllen gilt, dass diese griffiger sind, schärfer und auch wirksamer als jegliche gesetzlichen Vorgaben, und das spielt jetzt, das geht jetzt ab. Meines Erachtens muss man ehrlicherweise aber anfügen, dass dieser Zustand auch durch die Vorgaben, eben der internationalen Klimaverpflichtungen, vorgegeben wurden, was wiederum auch gesetzliche Vorgaben sind. Die kantonale Verwaltung hat also ihre Vorbildrolle wahrzunehmen, und wir spüren aus den Antworten der Regierung, dass mindestens die Regierung auch dazu bereit ist. Die kantonsnahen Betriebe wurden verschiedentlich erwähnt, die Betriebe, die im nichtregulierten Bereich arbeiten, die sind genau gleich diesem Druck bereits ausgesetzt. Sie müssen keine Angst haben, dass diese Vorgaben nicht eingehalten werden. Es wurde von der Regierung noch erwähnt, dass es Negativemissionstechnologien gibt. Gott sei Dank wird es das in Zukunft auch geben, aber es ist sehr schwierig in diesem Spektrum. Natürlich wird die KVA Thurgau hier auf genau dies angewiesen sein, sonst wird die KVA nie klimaneutral arbeiten können. Das ergibt sich aus der Physik. Wir fordern den Regierungsrat auf, und da kann ich nur nochmals Kantonsrat Daniel Eugster zitieren: Bitte lasst uns dort beginnen, wo das grösste Potenzial liegt, nämlich bei der Energieeffizienz, im Ersatz der fossilen Energien, bei der Mobilität und in den Gebäuden. Ich sehe es bei den Bauern, da kommen jetzt schon Vorschriften im My-Bereich. Die machen nur alle verrückt. Die

Stimmung wird folglich gemacht gegen die Klimamassnahmen, und das ist einfach nur schade. Wir sollten uns auf das Wichtige fokussieren. Die Hugelshofer Gruppe – Sie kennen alle diese Lastwagen, die unterwegs sind – macht es vor. Ein privates Unternehmen hat uns gezwungen, die E-Mobilität bei den schweren Fahrzeugen neu zu denken. Der CEO Martin Lörtscher hat uns diese Sachen gezeigt, und es ist grossartig, was eine private Firma hier erreicht hat, und daran müssen wir uns messen. Das gibt die ganz grossen Fortschritte, wenn Lastwagen 700 bis 800 Kilometer batterieelektrisch fahren können, wenn sie in 20 bis 30 Minuten wieder geladen sind, und das im Thurgau realisiert mit 90 % Thurgauer Firmen. Also wie erwähnt, Fokussierung auf das Wichtigste. Und ich möchte hier nochmals betonen, es ist einfach völlig quer in der Landschaft, wenn man hier Energieförderprogramme streicht, zusammenkürzt und diese Fortschritte gefährdet. Fazit zum Schluss: Der Kanton scheint im Grossen und Ganzen auf Kurs, der Wille zum Handel ist da, das ist augenfällig. Aber eine Fokussierung auf das Wesentliche ist vor allem in der wichtigen Anfangsphase aus Sicht unserer Fraktion unbedingt anzustreben, und die Herkulesaufgabe besteht darin, nicht nur Ziele und Handlungsfelder zu definieren, sondern die Umsetzung über alle Departemente und Ämter, über alle Angestellte auch durchzuführen, zu gewährleisten. Das ist eine Führungsaufgabe, und ich wünsche unserer Regierung dabei viel Erfolg. Leider stelle ich fest, dass vieles auch intern wiederum in der Verwaltung verhindert wird; dass Projekte, die einfach unbedingt ermöglicht werden sollten, verzögert und verhindert werden. Das ist jammerschade.

Roger Stieger, Die Mitte/EVP: Danke für die Beantwortung der gestellten Frage dieser Interpellation. Das Klima ist ein zentrales Thema in unserer konsumorientierten Welt. Es braucht Aussagen, die einen Nachahmungseffekt hervorrufen. Mit dem Programm der Interpellation wird verdeutlicht, dass der Kanton als Vorbild vorangeht. Super. Dennoch, ich frage mich: Welche Auswirkung diese Vorsätze, diese Vorbildfunktion auf das Weltklima, die Bevölkerung des Thurgaus und alle anderen haben werden? Ist diese Wirkung überhaupt messbar? Wenn ich bedenke, dass über 200 Liegenschaften hinsichtlich ihrer energetischen Wirkung erfasst, bewertet, dokumentiert werden müssen und dass diese Bewertung in regelmässigen Abständen wiederholt werden soll, stellt sich mir die Frage, wie hoch die Personalkosten dafür sein werden? Könnte dieses Geld nicht besser für die Energiewende direkt und effizienter, unbürokratischer eingesetzt werden? Das zentrale Thema von Netto-Null 2040 ist das Ziel oder ein Unterziel von Netto-Null 2050. Geschätzte Anwesende, um ehrlich zu sein, ich glaube nicht, dass wir dieses Ziel so erreichen können. Es gibt uns keine weisse Weste, alles für das Klima gemacht zu haben. Ich möchte jedoch klarstellen, dass ich die Energiewende unterstütze, aber die gesetzten Ziele und den Weg dorthin kritisch hinterfrage. Warum? Wir müssen die Bevölkerung aktiv einbeziehen, und ich habe dies bereits zuvor kürzlich hier im Grossen Rat angesprochen. Es geht um die vielen Lippenbekenntnisse, die das Ziel von Netto-Null unterstützen. Der Wandel im Klimabereich beginnt jedoch bei jedem Einzelnen von uns, sowohl

bei mir, als auch bei Ihnen und jeder anderen Person im Kanton. Es braucht hier grosse Bemühungen, hier geschieht eine Multiplikation. Solange der durchschnittliche Schweizer sieben Mal im Jahr fliegt, übermässig konsumiert und die Heizung in den eigenen vier Wänden hoch eingestellt ist, wird es schwierig, dieses Ziel zu erreichen. Was bewirkt diese begrüssungswerte Vorbildfunktion des Kantons in diesem Zusammenhang? Ich frage mich, ob wir einen anderen Ansatz, mit den gleichen Mitteln wählen sollten. Was bringt es, wenn der Kanton energetisch nachhaltig ist, die Bevölkerung zögerlich jedoch nur kleine Veränderung anstrebt? Wir müssen weiter und tiefer denken und möglicherweise alternative Wege in Betracht ziehen.

Regierungsrat Dr. Dominik Diezi: Ich bedanke mich für die insgesamt positive Aufnahme der Beantwortung. Ich habe deshalb auch nicht mehr allzu viel zu ergänzen. Die Vorgaben sind klar. Der politische Wille beim Regierungsrat ist auch klar vorhanden, diese auch umzusetzen. Es steht ausser Zweifel, dass wir, wie überall, wenn wir von anderen Verhaltensänderungen verlangen, selbst mit gutem Beispiel vorangehen müssen und deshalb auch dieses Netto-Null-Ziel 2040 für die kantonale Verwaltung grundsätzlich völlig unbestritten ist. Wir versuchen alles daran zu setzen, dieses auch zu erreichen. Den Ablauf haben wir skizziert. Zuerst werden wir den Massnahmenplan Klima verabschieden, danach folgen die Überlegungen zur internen Umsetzung. Eine kantonale Strategie und die grosse Herausforderung beim Ganzen – das wurde hier zu Recht erwähnt –, ist, dass wir einen realistischen Massnahmenplan entwickeln, sowohl für den ganzen Kanton wie auch für uns selbst, und hier spielt natürlich auch wieder das Geld eine grosse Rolle, die Ressourcen. Das ist jetzt gerade eine Frage, mit der wir uns aktuell noch intensiv beschäftigen. Wie werden wir das Ganze finanzieren? Und auch wenn wir uns auf die Quick Wins und das möglichst Eindringlichste konzentrieren zu Beginn, es wird kosten, es wird Ressourcen brauchen. Bei uns ist niemand in dem Sinne unterbeschäftigt. Folglich werden Leute rekrutiert werden müssen für gewisse Thematiken, die das nachher betreuen und abwickeln, und es werden auch externe Aufwände anfallen. Da müssen wir uns nichts vormachen. Gratis wird diese Energiewende nicht zu haben sein. Da sind wir jetzt in den letzten Zügen. Wir hoffen, dass wir im Verlaufe dieser zweiten Jahreshälfte in die Vernehmlassung gehen können. Dann werden wir das Gespräch mit Ihnen selbstverständlich weiter suchen. Immer mit dem Ziel, am Schluss einen realistischen Massnahmenplan, sowohl für den Kanton Thurgau wie auch für unsere eigene Verwaltung, entwickeln zu können, um diesen dann auch möglichst tatkräftig umsetzen zu können.

Diskussion – **nicht weiter benützt.**

Präsident: Das Geschäft ist erledigt.

